

## Presseerklärung

5. Mai 2006

### **Ergebnisse der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen** **Bleiberecht erneut vertagt** **PRO ASYL fordert Abschiebemoratorium**

Die Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen hat das Thema des Bleiberechts für langjährig geduldete Menschen erneut auf die lange Bank geschoben. PRO ASYL kritisiert dies als Flucht aus der Verantwortung, denn die Fakten liegen längst auf dem Tisch: Mit dem Zuwanderungsgesetz wurden die Kettenduldungen nicht abgeschafft. Etwa 120.000 Menschen leben seit mehr als fünf Jahren mit dem prekären Status der Duldung. Auch nach dieser Innenministerkonferenz sind sie von Abschiebung bedroht. PRO ASYL fordert deshalb ein sechsmonatiges Abschiebemoratorium.

Es wird den Innenministern jedoch über kurz oder lang nicht gelingen, um ein Bleiberecht herumzukommen. Die breite Unterstützung der Forderung nach einem Bleiberecht aus Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und aus Teilen der Politik macht es den Ausländerbehörden immer schwerer, Abschiebungen von Menschen nach langjährigem Aufenthalt gegen heftige Kritik und Widerstand bis hin zu Kirchenasyl durchzusetzen. PRO ASYL führt deshalb die Kampagne „Hiergeblieben! Recht auf Bleiberecht!“ gemeinsam mit seinen Bündnispartnern unbeirrt weiter.

Die nächste Gelegenheit, eine Bleiberechtsregelung zu beschließen, hat allerdings der Deutsche Bundestag. Er wird in diesem Sommer über eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes beraten müssen. Primär sind EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Ein Bleiberecht lässt sich problemlos einfügen.

PRO ASYL fordert die Innenministerien der Länder auf, ein Abschiebemoratorium bis zur nächsten Innenministerkonferenz zu erlassen. Damit soll verhindert werden, dass in der Zwischenzeit Tausende längst integrierter Menschen abgeschoben werden. Die Länder können in alleiniger Verantwortung einen solchen Abschiebestopp für sechs Monate verfügen.

gez. Bernd Mesovic  
Referent